

HELMUT KOHL

Zehn Jahre sind genug

Eine Bilanz der sozial-liberalen Koalition

Vor zehn Jahren, im September/Oktober 1969, ist die erste Koalition aus SPD und FDP mit großem Anspruch angetreten. Die Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969 klang wie eine Verheißung auf eine bessere Zukunft, und viele waren nur zu gerne bereit, ihr zu glauben. Anderen erschien das Aufbruchspathos nach zwanzigjähriger Oppositionszeit immerhin verständlich, wenn sie auch schon damals in der Brandtschen Botschaft jeden Sinn für Maß und Mitte vermißten.

Eine Bilanz nach zehn Jahren kann sich nicht darauf beschränken, Anspruch und Wirklichkeit miteinander zu konfrontieren und auf diese Weise die Spur enttäuschter Hoffnungen und gebrochener Versprechen nachzuziehen und so das Scheitern dieser Politik nüchtern zu bilanzieren. Das alles ist unerläßlich, und es wird im Wahlkampf auch geschehen. Aber es genügt nicht. Auf diese Weise erhalten wir keine Antwort auf die kardinale Frage, was denn das Gebot der Stunde sei: ob wir, die CDU/CSU, in der gleichen Richtung nur eine bessere Politik machen — oder ob wir nicht die Richtung ändern müssen.

Ich meine:

die Ursachen für das Scheitern der 1969 eingeläuteten Politik liegen nicht in einer schlechten Ausführung einer an sich richtigen Politik; auch nicht darin,

daß diese durch äußere Ereignisse wie Ölkrise und Terrorismus durchkreuzt wurde — die Ursachen liegen vielmehr in einer falschen Anlage, in der inneren Logik dieser Politik selbst.

Erinnern wir uns:

■ In der Innenpolitik ging es der SPD und der FDP nicht vorrangig darum, das Erreichte zu sichern und auszubauen. Sie wollten kurz und bedingungslos eine „Politik der inneren Reformen“ durchsetzen. Fortan gab es keine Innenpolitik mehr, sondern nur noch „Reformpolitik“. In Wirklichkeit hat die Regierung unter diesem Etikett vielfach nur neue Rechte, Ansprüche, Machtbasen geschaffen. Die Verwirklichung eines individualistisch verstandenen Emanzipationspathos, die Befreiung von Abhängigkeiten und „Herrschaftsverhältnissen“ die regierungsamtliche Ratifizierung von gesellschaftlichen Ansprüchen: darin bestanden im wesentlichen die „inneren Reformen“ in den Bereichen der Bildungs-, Familien-, Sozial- und Strafrechtspolitik.

■ In der Wirtschaftspolitik kam es SPD und FDP nicht so sehr darauf an, wirtschaftliches Wachstum und Stabilität zu sichern: sie wollten die Wirtschaft „demokratisieren“, ihre Belastbarkeit erproben und die „Ungerechtigkeiten des Kapitalismus“ überwinden. Die Folge: Nie war das soziale Netz brüchiger als nach zehn Jahren sozialdemokratisch geführter Regierungen.

Den unauflöslichen Zusammenhang von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat die SPD/FDP zuerst nicht erkannt, und bis heute fehlt ihr die Kraft, aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen.

■ In der Bildungspolitik wollten SPD und FDP nicht mehr Menschen mehr Chancen geben und bestehende Bildungsbarrieren soweit wie möglich abbauen, vielmehr sollten alle die gleichen Chancen haben. 50 Prozent eines Geburtenjahrganges sollten das Abitur machen — ohne Rücksicht auf die Folgen für die Schüler, die Studenten, den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft.

So hat die SPD/FDP-Koalition mit viel Pathos und wenig Verstand von Anfang an die größte Bildungskatastrophe der Nachkriegszeit vorprogrammiert. Verführt von Pseudo-Intellektuellen haben ausgerechnet sozialdemokratische (!) Politiker unserer Jugend das zweifelhafte Glück einer intellektualistischen Existenz verordnet und die praktischen Berufe und Ausbildungswege abgewertet.

■ Auch die Außenpolitik dieser Koalition stand nicht im Zeichen der Kontinuität. Die Ostpolitik stand von Anfang an unter selbstgewähltem Zeitdruck und

Erfolgszwang und wurde dilettantisch gehandhabt. Nur der hohe Anspruch war auch hier über jeden Zweifel erhaben: diese Regierung wollte den „Frieden sicherer machen“. Fortan gab es keine Außenpolitik mehr, sondern nur noch „Friedenspolitik“.

Drei Fehler

Diese Chiffren, ins Gedächtnis zurückgerufen, mögen genügen, um die geistigen Konstruktionsprinzipien der SPD/FDP-Politik freizulegen, einer Politik, deren Folgen wir als Hypothek in die 80er Jahre schleppen:

1. Das vergangene Jahrzehnt stand im Zeichen einer zuvor so nicht gekannten Politisierung des öffentlichen und kulturellen Lebens. Die Regierung richtete ganz bewußt große Erwartungen an die Politik. Nach und nach vollzog sich ein Perspektivenwechsel: Während in den beiden ersten Jahrzehnten 1949—1969 die Bürger viel von sich und ihrer Leistung erwarteten und die CDU/CSU-geführten Regierungen dies unterstützten — in doppelter Hinsicht — kehrten Willy Brandt und die SPD/FDP-Regierungen diese Erwartungshaltung prinzipiell um: Jetzt wurde es sozusagen regierungsamtlich sanktioniert, Rechte einzuklagen, Ansprüche anzumelden, Leistungen vom Staat zu erwarten. Man konnte, durfte und mußte nun eine Verbesserung seiner persönlichen Lage von staatlichen Leistungen erwarten, von einer Politik, die vorgab, den Vielen zu geben, indem sie den Wenigen nahm.

Diese Erwartungshaltung an den Staat, eine im Grunde hybride Überschätzung der Möglichkeiten von Politik, ist die Ursache vieler Übel, die wir heute beklagen.

2. Die Politik, die vor zehn Jahren eingeleitet wurde, begnügte sich nicht mehr damit, die Rahmenbedingungen für individuelles, wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln zu setzen. Sie wollte selbst und in direktem Zugriff die Gesellschaft verändern. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich die Politik in den vergangenen Jahren besonders auf die Sozialisationsbereiche des Menschen konzentriert, auf Familien-, Jugend-, Bildungspolitik. Auf diesen Gebieten waren die SPD/FDP-Regierungen besonders ehrgeizig, hier haben sie besonders aktiv „eingegriffen“ und „reformiert“ — hier sind sie auch besonders gründlich gescheitert. Offen oder subtil hat diese Politik versucht, dort manipulativ einzugreifen, wo Einstellungen, Erwartungen, Wertorientierungen des Menschen sich entwickeln und gebildet wer-

den. So sollte ein anderer, ein neuer Mensch erschaffen werden, freilich nicht im vulgär-marxistischen oder im naiv-rousseauistischen Sinne, wohl aber in der festen Überzeugung, daß die gegenwärtigen, nach wie vor als „kapitalistisch“ bezeichneten Verhältnisse den von der SPD in ihrem Sinne erstrebten solidarischen Menschen in einer solidarischen Gesellschaft verhinderten.

Am sichtbarsten schlug sich diese Philosophie nieder in den Rahmenrichtlinien und in der Deformation der Geschichte zu einer durch „Reformen“ zu überwindende Abfolge von Mißständen und Ungerechtigkeiten. Geschichtsfremdheit und ein a-historischer Progressismus sind zu Kennzeichen nicht nur der SPD-Bildungspolitik geworden.

3. Die Politik des vergangenen Jahrzehnts unterlag dem „konstruktivistischen Irrtum“, alles in der Politik sei machbar, wenn nur die richtigen Leute die richtigen Ziele anstreben. Politische Hybris anstelle jener unprätentiösen politischen Bescheidenheit, die sich eher subsidiär verstand und am Ende mehr erreichte als sie ursprünglich anstrebte.

Unfähig zur Politik

Wer heute, nach zehn Jahren, die Zeichen jener Zeit ins Gedächtnis zurückruft, der braucht die krasse Kluft zu den Ängsten und Brüchen der Gegenwart kaum mehr zu schildern: so deutlich springen sie ins Auge. Zehn Jahre SPD/FDP — das ist eine Geschichte gescheiterter Hoffnungen. Aber nicht nur das. Gescheiterte Hoffnungen lassen sich nicht einfach umblättern wie leere Blätter.

Die Folgen der enttäuschten Erwartungen greifen tiefer. Die gegenwärtige Stimmungslage ist nicht denkbar und nicht verständlich ohne das Pathos von 1969. Der Hoffnung folgte Ernüchterung, dem Aufbruch Resignation, der Zuversicht Verzweiflung, der Reformeuphorie der Verlust von Zukunftsperspektiven. In dieser geistig-politischen Verfassung aber ist kein Volk in der Lage, mit den Herausforderungen der Zukunft fertig zu werden.

Am Anfang der SPD/FDP-Koalition stand das Versprechen auf „Erlösung“ durch Politik, stand die Hoffnung auf Befreiung von vielfältigen lästigen Abhängigkeiten und Anstrengungen. Die Zukunft wurde zur Utopie, die jetzt, nach zehn Jahren, ihr ganzes dürrtisches Gesicht zeigt: für Hoffnung ist für viele kein Ort mehr, nirgends. Und der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt empfindet dies nicht einmal mehr als einen Mangel. Er rechnet es sich zur Leistung an, die politischen Geschäfte zu verwalten, die Bestände zu sichern. Seinen „bewußt

abgemagerten Politikbegriff“, den Peter Glotz, der Berliner SPD-Senator, am Kanzler diagnostiziert, hält Helmut Schmidt für höhere Regierungskunst.

Regierung und Koalitionsparteien konzentrieren ihre Anstrengungen darauf, an der Regierung zu bleiben, indem sie die Probleme der Gegenwart verharmlosen und jene der Zukunft verschweigen.

In zehn Jahren hat die SPD/FDP-Koalition zwei Kanzler verbraucht, die sich in ihrem politischen Stil gewiß gründlich unterscheiden. Ihre Gemeinsamkeiten offenbaren sich erst auf den zweiten Blick: Damals wie heute, bei Brandt wie bei Schmidt, zeigt sich die nämliche Unfähigkeit zur Politik, die sich einmal in der Überschätzung (Brandt), einmal in der Unterschätzung ihrer Möglichkeiten (Schmidt) zeigt. „Kontinuität und Konzentration“ — diese Formel, in die Helmut Schmidt 1974 seine Regierungserklärung bündelte, verdeckte die Zäsur mehr als daß sie sie offenbarte.

Die Erwartungen der frühen Jahre legten sich wie ein Hochnebel über eine immer kargere politische Landschaft: Irgendwie waren sie noch da, aber unerreichbar, ohne Beziehung zur Wirklichkeit, ohne Relevanz für den politischen Alltag. Regierung und SPD können keine Antwort mehr geben, weder ihren Mitgliedern noch den Bürgern, wohin der Weg gehen soll.

„Die Leute wissen nicht mehr so recht, warum sie für die Sozialdemokraten arbeiten“ (Erhard Eppler). Deutlicher kann man kaum ausdrücken, daß eine Regierung am Ende ist.

Und eben darin sehe ich ein wichtiges Ergebnis dieser zehn Jahre: in einer tiefen inneren Unsicherheit, was man von Politik eigentlich noch erwarten könne, in einem Zweifel an der Politik insgesamt, obwohl sie doch immer wichtiger wird. Denn wer morgen sicher leben will, der muß heute die notwendigen Entscheidungen treffen. Dazu sind SPD/FDP nicht in der Lage.

Die politische Wende

Von dieser Lage muß eine Partei ausgehen, die sich anschickt, im Jahre 1980 eine politische Wende herbeizuführen. Die Menschen glauben nicht mehr jenen, die zwar eine bessere Zukunft versprechen, für die aber immer nur die anderen Opfer bringen müssen. Die Menschen vertrauen aber ebensowenig jenen Politikern, die

kein Gespür haben für das, was die Menschen bewegt, und sich in der Rolle des bloßen Realisten, des Pragmatikers, des Machers gefallen.

Darin besteht die Chance der Union: nicht in einem ideologischen Luftkissen über die Probleme hinweg in eine problemlose Zukunft zu gleiten, aber auch nicht neue Probleme und Entwicklungen zu leugnen und die Zukunft zu suchen in den Lösungen früherer Jahre, in der Sicherheit einer damals erfolgreichen Politik.

Die Chance der CDU besteht darin, die Zukunft zu ihrem Thema zu machen, den Problemen und Gefahren ins Auge zu sehen, sie anzugehen mit Sachverstand und Sinn für Realitäten, aber auch mit hoher Sensibilität und feinem Gespür für das, was die Menschen bewegt.

Die Realisten in der Politik sind heute nicht jene, die sich nur mit dem Handfesten, mit den hard facts der Politik beschäftigen und darüber vergessen, daß Ängste und Hoffnungen, Bereitschaften und Leistungswille auch real sind. Wer wird Antwort finden auf die stummen Fragen, auf die lautlosen Zweifel? Wer wird den Menschen wieder ein Tor zur Zukunft öffnen — durch das sie nicht mit Angst, sondern mit Zuversicht gehen können?

Was haben diese Fragen mit unserem Thema zu tun — mit einer Bilanz nach zehn Jahren SPD/FDP-Regierung?

① Wir brauchen eine neue Politik. Forderungen nach Steuersenkungen, Familiengeld, Senkung der Staatsquote, das alles ist gewiß nötig und richtig, aber es genügt nicht. Wir brauchen vor allem einen neuen politischen Stil, einen neuen politischen Anfang, der die pragmatischen Verkürzungen Schmidts ebenso vermeidet wie den Messianismus Brandts.

② Diese neue Politik muß wieder von realistischen Annahmen und Erwartungen, kurz: von einem vernünftigen Menschenbild ausgehen. Damit meine ich vor allem eines: Die Politik muß den Menschen wieder in seinen Alltagserfahrungen anerkennen und unterstützen.

Der Bürger hat auch ein Recht darauf, nicht ständig politisch gefordert, sondern auch in Ruhe gelassen zu werden, ungestört seinen Hobbys und seiner Arbeit nachgehen zu können, sich der Ergebnisse seiner Leistungen zu erfreuen. Die Vorstellungswelt der regierungsamtlichen Elite und die Alltagswelt der Menschen sind in den letzten zehn Jahren kräftig auseinandergeraten.

Die Menschen wurden mit einer Wirklichkeit konfrontiert, in der sie sich vielfach nicht mehr wiedererkannten. Ganze Bereiche der Gesellschaft wurden als re-

formfällig überführt, Schule und Hochschule z. B. — wo heute die Dinge schlimmer liegen als vor zehn Jahren. Dazu gehörte auch ein Geschichtsbild, das Geschichte nur noch als Sammlung von Mißständen beschrieb, die es durch innere „Reformen“ endlich zu überwinden galt. So wurden positive Identifikationen unmöglich gemacht.

③ Wir brauchen eine politische Erneuerung der geistigen Grundlagen unserer freiheitlichen, und das heißt auch: streitbaren Demokratie.

Am Ende der 70er Jahre haben wir nicht mehr Übereinstimmung im Grundsätzlichen als in den Anfängen unserer Republik, sondern weniger. Die Krise der Loyalität, auf die wir in wichtigen gesellschaftlichen Gruppen treffen, begegnet uns am deutlichsten im Streit über Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst.

Der Konsens über das Prinzip der streitbaren Demokratie, der die Verfassungsväter einte, hat lange Bestand gehabt. „Das Verständnis dafür, daß auch und gerade ein freiheitliches Gemeinwesen das Recht haben muß, denen, denen es öffentliche Aufgaben anvertraut, mehr an Loyalität abzuverlangen als den Bürgern im allgemeinen, ist offenkundig nicht nur hier und da abhandengekommen, sondern weiterhin in Auflösung begriffen“ (Peter Graf Kielmansegg). Die Gründe dafür sind vielfältig.

Zu nennen sind vor allem die Renaissance des Marxismus an den deutschen Hochschulen und eine durch ostpolitischen Opportunismus bedingte Rücksichtnahme auf die DKP und ihre Mitglieder, die den Verzicht auf den Artikel 21 Abs. 2 bedeutete. Und festzuhalten bleibt, daß SPD und FDP dieser Entwicklung nicht nur nicht entgegengetreten sind, sondern sie vielmehr noch verharmlost und beschleunigt haben.

Eine wichtige Aufgabe für die Union sehe ich darin, die geistigen Grundlagen einer wehrhaften Demokratie wieder plausibel und überzeugend zu begründen und daraus die notwendigen politischen Konsequenzen zu ziehen.

④ Wir brauchen eine Politik, die den jungen Menschen wieder eine Antwort und eine Aufgabe und damit wieder Zukunft und Hoffnung gibt. Die SPD/FDP-Regierungen haben in den vergangenen zehn Jahren gerade der jungen Generation viel versprochen, sie haben aber ihre Versprechen nicht eingelöst und lassen heute die junge Generation im Stich. „Im Zeichen der längsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit steht die Jugend, ein knappes Viertel der Bevölkerung, vor

betrogenen Hoffnungen und uneingelösten Perspektiven. Auf neue Bildungsmodelle sind Schulstreß und Numerus-clausus-Psychologen gefolgt, auf Ausbildungsreformen Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit, auf die versprochene Zukunftspolitik der Verlust von Orientierung und Vertrauen“ — so lesen wir im Vorwort zu einem 1979 erschienenen Sammelband mit dem Titel: „Die überflüssige Generation. Jugend zwischen Apathie und Aggression“. Und weiter: „Die entsprechenden Zahlen sind erschreckend, zum Teil europäische Rekordmarken.

Immer mehr Jugendliche werden immer früher kriminell, ihre Straftaten nicht nur brutaler, sondern auch sinnloser. Zehntausende von Jugendlichen sind drogenabhängig oder alkoholgefährdet. Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet die höchste Rate an stellungslosen Akademikern in Europa. Nur zu schätzen ist das Ausmaß der psychischen Katastrophe an den Hochschulen. Jeder zehnte ist in psychiatrischer Behandlung, jeder dritte hätte sie nötig.“

Immer mehr Jugendliche steigen aus unserer Gesellschaft aus, werden gleichgültig oder aggressiv. Wer diese Generation sich selbst überläßt und zur politischen Tagesordnung übergeht, versündigt sich nicht nur an den jungen Menschen, sondern an der Zukunft unseres Volkes. Ich sehe hier eine wichtige Aufgabe für die CDU/CSU.

Abkehr von Adenauer

⑤ Wir brauchen wieder eine verlässliche, prinzipientreue Außenpolitik. Die ersten 30 Jahre der Bundesrepublik Deutschland lassen sich, was ihre Außenpolitik betrifft, in drei Zeitabschnitte von der Dauer je eines Jahrzehnts unterteilen.

Im ersten Jahrzehnt, von 1949 bis 1959, hat die CDU unter Konrad Adenauer die grundsätzlichen Entscheidungen für unser Land getroffen und verwirklicht: Die unwiderrufliche Westeinbindung, den Eintritt in die NATO, die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, die feierliche Verpflichtung zur Einigung Europas. Adenauer hat schon damals erkannt, daß die deutsche Wiedervereinigung, so wie sie für uns allein vorstellbar ist, nur von diesen Optionen aus Chancen auf Verwirklichung hat.

Angelpunkt der außenpolitischen Vorstellungswelt von Adenauer war der Primat der Freiheit. Mit ihm hat die CDU immer dafür eingestanden, daß die Freiheit der westlichen Welt vor Frieden, daß Freiheit auch vor deutscher

Einheit gehen muß. Die SPD hat sich den großen Optionen Adenauers von Anbeginn an widersetzt; sie hat ihm im Deutschen Bundestag erbitterten Widerstand geleistet.

Schon damals zeigte sich, was heute im Rückblick noch deutlicher wird: So wie die deutsche Sozialdemokratie sich bei ihrer Wiederbegründung nach dem Zweiten Weltkrieg von den wirtschaftspolitischen Positionen des Marxismus nur mühsam freimachen konnte — sie lehnte auch die Soziale Marktwirtschaft ab —, so schwer fiel es ihr auch, die ererbten Vorbehalte gegenüber Staatsphilosophie und politischer Praxis unserer westlichen Nachbarländer abzubauen.

Jahrzehntelang hatte Deutschland in einem bewußten Gefühl seiner geographischen Mittelposition, in einem Sonderbewußtsein gegenüber den westeuropäischen Nachbarn und insbesondere den Vereinigten Staaten verharret. Und diese Reserven fanden sich bei der deutschen Sozialdemokratie in besonderer Weise. Aber die Mehrheit des deutschen Volkes hatte die von Adenauer vorgelebten politischen Entscheidungen längst mitvollzogen, sie hatte sich klar zu ihrem westlich-freiheitlichen Erbe bekannt. Wahlen waren in Deutschland nur noch mit einem Einschwenken auf die Grundlagen der CDU-Politik zu gewinnen.

Im Jahre 1959, mit dem Godesberger Programm, hat die SPD nach tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre diese Optionen letztlich akzeptiert und im Parlament auch weitgehend mitgetragen. Mit dem Godesberger Programm hat, im zweiten Jahrzehnt der Nachkriegsgeschichte unseres Landes, in der deutschen Politik eine Ära des relativen Konsens in Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt. Dieser Konsens erst hat die Große Koalition möglich gemacht.

Die Konsens-Phase hat ein Jahrzehnt nicht überlebt. 1969, mit der Kanzlerschaft von Brandt und dessen erster Regierungserklärung wurde ihr Ende eingeläutet. Seither drohen die Gemeinsamkeiten in den entscheidenden Optionen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik erneut verlorenzugehen.

Was die SPD und mit ihr weite Teile der FDP angeht, weist das dritte Jahrzehnt deutscher Nachkriegspolitik in einer merkwürdig berührenden Weise auf das erste zurück: Für die deutschen Sozialisten sind die Ideen, mit denen sie nach dem Zweiten Weltkrieg angetreten sind, durch die Ära Adenauer, durch zwanzig Jahre CDU-Regierung, nicht überholt. Der außen- und sicherheitspolitische Konsens droht zu verfallen.

Auf den ersten Blick läßt sich dies oft nur schwer erkennen. Elemente der Kontinuität und der Diskontinuität sind miteinander verflochten. Regierung und Ministerien haben auch nach 1969 Außen- und Sicherheitspolitik in unmittelbarer verbaler Anknüpfung an Adenauersche politische Thesen weitergeführt.

Regierungsamtliche Äußerungen sind noch immer weitgehend in der Sprache der Konsensus-Ära gehalten. Aber unter dieser sprachlichen Oberfläche vollziehen sich tiefgreifende Änderungen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der sozial-liberalen Koalition kennzeichnet eine ebenso eigentümliche wie gefährliche Ambivalenz.

Entspannungspolitik war am Ausgang der fünfziger und in den sechziger Jahren eine reale Notwendigkeit, sie wurde auch von der CDU bejaht. Aber, was für Adenauer und seine beiden Nachfolger Erhard und Kiesinger so wie für die CDU heute Abbau von Verhärtungen gegenüber den osteuropäischen Nachbarn auf der Basis unwiderruflicher Zugehörigkeit zum freien Westen und einer starken Allianz war, stellt sich seit Beginn der siebziger Jahre für breite Teile des linken Flügels der SPD zunehmend als ein Vehikel für eine Verschiebung des gesamten außen- und sicherheitspolitischen Prioritätenkatalogs dar.

Es gibt in den Koalitionsparteien wichtige Kräfte, die, teils bewußt, teils unbewußt, die Sonder- und Schwebestellung Deutschlands zwischen Ost und West wiedergewinnen wollen. Mit einem verlockenden Vokabular, in dem Begriffe wie Gleichgewicht, Äquidistanz, Öffnung nach Osten, Erweiterung der Möglichkeiten deutscher Politik, vorkommen, wird nach Modellen gesucht, die auch die Bindungen Deutschlands nach Osten und Westen äquivalent machen: Geistige Loslösungen von unseren westlichen Allianzpartnern und Suche nach einer neutralistischen Mittelposition Europas zwischen Ost und West; Auflösung der Militärblöcke, und ihre Ablösung durch sogenannte bündnisüberwältigende Absprachen; Rückstufung der europäischen Einigungspolitik in der europäischen Prioritätenordnung, da ja eine Vollintegration der Bundesrepublik Deutschland in Europa zu einer solchen Äquidistanzposition im Widerspruch stehen würde.

Zu diesen konzeptionellen Überlegungen gehört auch, trotz allen erbitterten Widerstandes von großen Teilen der deutschen Sozialdemokratie gegen den Kommunismus — eine Leistung der Vergangenheit, die niemand schmälern will — eine verstärkt fühlbare Affinität des deutschen und europäischen Sozialismus zum Kommunismus in seinen zahlreichen Spielarten.

Abbau der „Kommunistenfurcht“, Geißelung einer Warnung vor den zerstörerischen Kräften des Kommunismus als „steriler Anti-Kommunismus“, zunehmende Kontakte der SPD mit kommunistischen und sogenannten eurokommunistischen Parteien und Abbau der Vorbehalte gegen ein Zusammengehen von Sozialisten und Kommunisten in den deutschen Universitäten, in den deutschen Gewerkschaften, im europäischen Ausland.

Linke Verirrungen

Es ist die Rückkehr zu einem Modell deutscher Politik, das Beobachter aus dem westlichen Ausland, und vor allem unsere westlichen Alliierten, nach der Ära Adenauer für überwunden glaubten. Für dieses Modell haben die linken Kräfte in der SPD — und auch in der FDP — den Begriff der Friedenspolitik gepachtet:

Frieden — das Wort erscheint freilich ohne sein aus ethischer Sicht wesensnotwendiges Komplement der Freiheit. Wer das Friedensangebot verabsolutiert und den Freiheitswillen hintansetzt, macht den Frieden inhaltsleer und entkleidet ihn seines sittlichen Wertes.

Zur Friedenspolitik, so wie sie von vielen Exponenten der Koalitionsparteien verstanden wird, gehört auch, daß die militärische Bedrohung aus dem Osten und die spannungsfördernden Unternehmen der Sowjetunion ebenso heruntergespielt werden wie die bleibende Gefährlichkeit des Kommunismus in Westeuropa. Diese Gefahren werden von wichtigen Repräsentanten der Koalitionsparteien bis in die Fraktionsspitze hinauf systematisch verharmlost und mehr: Wer sie beim Namen ihrer Gefährlichkeit nennt, wird je nach Bedarf lächerlich gemacht oder dämonisiert.

Niemand wende ein, hier würden großen Regierungsparteien willkürlich Denkschemen unterlegt, die in der Wirklichkeit keine Entsprechung fänden.

Die Wirklichkeit ist: Der pauschale Angriff einer Reihe von Spitzenpolitikern der SPD gegen die von der CDU, dem Bundesaußenminister und weitgehend auch dem Bundeskanzler vertretene Sicherheits- und Abrüstungspolitik zu Beginn des Jahres 1979;

Wirklichkeit ist auch das Kölner Europaprogramm der SPD vom Dezember 1978;

Wirklichkeit sind die einseitige Menschenrechtspolitik und die Kombination von aggressiver Sozialismuspolitik nach Westen und lammfrommer Beurteilung nach Osten, wie sie die Sozialistische Internationale kennzeichnen, deren Präsident — der Parteivorsitzende der SPD — sich die Entscheidungen der Sozialistischen Internationale voll entgegenhalten lassen muß.

Wirklichkeit sind auch die systematischen Allianzen der jungen SPD-Mitglieder — der Jusos — mit dem Kommunismus an den deutschen Hochschulen, und alles, was an Resolutionen und Forderungen von dort zu hören ist.

Niemand ist mit einer Dämonisierung der sowjetischen Politik gedient, niemand darf der sowjetischen Regierung den Friedenswillen absprechen. Aber niemand darf auch bestreiten, daß die Sowjetunion heute die freie Hälfte unseres Kontinents mit einem Waffenarsenal von geradezu unvorstellbaren Dimensionen bedroht und damit eine Situation ohne Präzedenz in Westeuropa geschaffen hat.

Niemand darf sich auch einer Täuschung darüber hingeben, daß es das eingestandene Ziel sowjetischer Politik ist, zunehmend eine innere Entfremdung und eine politisch-strategische Abkoppelung Europas von Amerika zu bewirken.

Die Erfüllung dieser Ziele kann nur dadurch aufgehalten werden, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland zum außen- und sicherheitspolitischen Konsens zurückkehren, — daß die politischen Parteien unseres Landes sich erneut auf die großen Adenauerschen Optionen verpflichten, unter deren Gesetz die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg angetreten ist.

Dieser Aufsatz ist erschienen in der Zwei-Monats-Zeitschrift „Die politische Meinung“ Nr. 186.

CDU-EXTRA — Verantwortlich: Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus. Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 173. Geschäftsführer: Peter Müllenbach, Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.